

Keine Stellensperren im Fachbereich 2

Im Fachbereich 2 wurden zuletzt Stellensperren diskutiert. Sie sollten bei einer Verschlechterung der finanziellen Lage in Kraft treten. Entsprechende Pläne werden vom Dekanat nun offenbar nicht weiterverfolgt. Gut so!

Der Personalrat hat dieses Thema in den vergangenen Wochen mehrfach mit der Dienststelle angesprochen und sich klar gegen Stellensperren positioniert. Am 25. Mai 2023 haben wir eine Informations- und Diskussionsveranstaltung für Beschäftigte im Fachbereich 2 organisiert. Daran haben auch Kolleg:innen aus dem Institut für Pädagogik teilgenommen, wo ebenfalls über Stellensperren diskutiert wird. Wir dokumentieren eine Erklärung, die die Teilnehmenden der Personalratsveranstaltung beschlossen haben.

Erklärung der Teilnehmenden der Personalratsveranstaltung für Beschäftigte des Fachbereichs 2 am 25. Mai 2023

Das seinerzeitige Dekanat des Fachbereichs 2 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften hatte bei der Fachbereichsratssitzung am 26. Januar 2023 die Abstimmung über eine Stellensperre für Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen und Professor:innen auf die Tagesordnung gesetzt. Diese sollte in Kraft treten, falls dem Fachbereich weniger als 250.000 Euro pro Haushaltsjahr aus MIR-Mitteln für die Verteilung an die Institute zur Verfügung stehen. Viele Kolleg:innen im Fachbereich haben die Pläne kritisiert und sind dafür eingetreten, die Abstimmung zu verschieben und zunächst eine ausführliche Diskussion in den Instituten und Statusgruppen zu führen. Wir halten fest: Das war richtig.

Wir begrüßen ausdrücklich die nun erfolgte Klarstellung, dass der Fachbereich 2 entgegen der Befürchtungen derzeit ausreichend finanziert ist und die diskutierten Stellensperren abgewendet werden konnten. Es ist gut, dass die Stellensperren nicht im vorauseilenden Gehorsam wegen vermeintlich drohender Haushaltsengpässe beschlossen wurden. Wir betonen, dass eine sechsmonatige Personalsperre massive negative Auswirkungen auf aktuelle und künftige Kolleg:innen gehabt hätte.

Unter der anvisierten Maßnahme hätte besonders der Mittelbau gelitten, der am Fachbereich nicht nur wichtige Aufgaben der Qualitätseinhaltung und -sicherung in der Lehre für die Studierenden trägt, sondern sowohl durch Qualifikationsabschlüsse als auch durch die Einwerbung von Drittmitteln zu einer positiven Entwicklung der MIR-Zuweisungen an den Fachbereichshaushalt beiträgt. Stellensperren im Mittelbau würden die Haushaltssituation mittelfristig nur verschärfen. Als Mittel zur Überwindung womöglich bestehender struktureller finanzieller Probleme sind vorübergehende Stellensperren ohnehin nicht geeignet. Die Situation der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und auch vieler AdministrativTechnischer Mitarbeiter:innen ist angesichts der hohen Befristungsquoten ohnehin prekär. Stellensperren verstärken Unsicherheit, treffen künftige Kolleg:innen, verschlechtern die Qualität der Lehre und Betreuung von Studierenden, verringern die Attraktivität der TU Darmstadt und verschärfen die Belastung der aktuell Beschäftigten.

Wir fordern daher das Dekanat und den Fachbereichsrat dazu auf,

- künftig in solchen Fällen transparent bei den betroffenen Statusgruppen (gerade auch aufgrund der hohen Beschäftigtenfluktuation) offenzulegen, unter welchen Bedingungen und mittels welcher Berechnungen drastische Maßnahmen wie Personalsperren diskutiert werden.
- über die Sinnhaftigkeit der Maßnahme mit den betroffenen Statusgruppen in einen Dialog zu treten und auch gemeinsam Alternativen ins Auge zu fassen, bevor Personalsperren zur Abstimmung auf der Beschlussvorlage des Fachbereichsrats publik gemacht werden.
- entsprechend auch Vorlaufzeiten für solch drastische Maßnahmen einzukalkulieren und den betroffenen Statusgruppen genug Zeit einzuräumen, sich ein umfangreiches

Bild zur Haushaltslage zu machen und sich bei den verschiedenen Gremien entsprechend zu informieren.

- sich gegenüber der Universitätsleitung und dem Land für eine auskömmliche Finanzierung des Fachbereichs stark zu machen.

Wir fordern ferner die Universitätsleitung dazu auf,

- die Ungleichverteilung und Benachteiligung des Fachbereichs 02 und anderer Fachbereiche, wie des Fachbereichs 3, bei der Mittelverteilung innerhalb der TU Darmstadt zu überarbeiten,
- dafür die Berechnungsgrundlagen zur Verteilung von Haushaltsmitteln (MIR-Formel) zu reformieren und die darin angelegte starke Ungleichbehandlung der Fachbereiche (bei der Gewichtung von Lehre, Professuren etc.) zu beenden.

Wir fordern ferner die Landesregierung Hessen dazu auf,

- für die Ausfinanzierung aller Fachbereiche der hessischen Hochschulen zu sorgen, um die Qualität in Lehre und Forschung aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

Darmstadt, den 25. Mai 2025 ■